

Drucksache
8998/2014-2020

CDU-Ratsfraktion

Fraktion Bielefelder Mitte

FDP im Rat der Stadt Bielefeld

Herrn Oberbürgermeister Pit Clausen

Bielefeld, 11.07.2019

Antrag zu TOP 4.2 zur Sitzung des Rates am 11.07.2019.

Sehr geehrter Herr Clausen

zu o.g. TOP stellen wir den Antrag, die Beschlussvorlage wie folgt zu ersetzen:

Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt:

1. Für den Rat der Stadt Bielefeld ist klar: Menschen vor dem Ertrinken zu retten, ist kein Verbrechen, sondern eine moralische Verpflichtung.
2. Zur Wahrheit und dem moralischen Dilemma der Seenotrettung gehört, dass menschliche Hilfsbereitschaft von Schleppern brutal ausgenutzt und als Bestandteil ihrer Schlepperstrecke einkalkuliert wird sowie einem potenziell tödlichen Fluchtweg eine reelle, wenn auch riskante Erfolgsperspektive verleiht. Diese Strecken beinhalten im Übrigen auch die Wüsten der Sahara, in der noch mehr Menschen sterben dürften als im Mittelmeer. Eine humane und langfristig tragfähige Migrationspolitik auf den Aspekt der Seenotrettung zu verengen, greift daher zu kurz. Menschen ertrinken zu lassen ist dennoch keine Option und widerspricht zutiefst den humanitären Grundsätzen Europas.
3. Der Rat fordert die Stadt Bielefeld auf, in allen überregionalen Gremien, in welche sie Vertreter entsendet, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass
 - durch Europäische Union und Bundesregierung mit den afrikanischen Staaten sichere Zonen an den Küsten und in der Subsahara vereinbart werden, von wo aus sich Migranten aus humanitären Gründen oder als Arbeitskräfte für eine legale und sichere Einreise nach Europa bewerben können und in die im Mittelmeer aufgenommene Flüchtlinge zurückverbracht werden,

- Italien, Spanien und Griechenland durch eine wahrlich europäische Dublin-Folgeregelung nicht länger alleine gelassen werden,
- die Europäische Union selbst wieder eine umfassende Präsenz im Mittelmeer aufnimmt, um Seenotrettung und konsequente Schlepperbekämpfung nicht privaten Initiativen zu überlassen.

Eine Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer am nationalen Verteilungsschlüssel vorbei ist bei diesen vordringlichen Zielen keine Hilfe und ist, soweit mit Forderungen nach finanziellen Kostenübernahmen durch Land und Bund verknüpft, auch nur eingeschränkt als echte Solidaritätsleistung zu bewerten.

4. Die Verhandlung zur Gestaltung einer humanen europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik bleibt Angelegenheit der Bundesregierung. Die Bundesrepublik Deutschland steht innerhalb der Europäischen Union für eine hohe Aufnahmebereitschaft. Die Ankündigung von Kommunen, über den Königssteiner Schlüssel hinaus Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, leistet in der notwendigen internationalen Diskussion keinen Beitrag und verkompliziert gemeinsam mit der Forderung nach zusätzlichen Verteilungsschlüsseln und gesonderten Kostenübernahmen das Management nach innen.

gez. Ralf Nettelstroth
(CDU Ratsfraktion)

gez. Dorothea Becker
(Fraktion Bielefelder Mitte)

gez. Jasmin Wahl-Schwentker
(FDP im Rat der Stadt Bielefeld)

Für die Richtigkeit:



Dr. Daniel Friedenburg